

Herr Bundesrat
Ignazio Cassis

Weinfelden, 29. Oktober 2025

Begleitschreiben zur Vernehmlassungsantwort der Industrie- und Handelskammer Thurgau zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU Stellung nehmen zu können. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Thurgau ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband von mehr als 600 Dienstleistungs-, Industrie- und Handelsunternehmen. Als politische Interessenvertretung mit liberaler Grundhaltung wirkt sie als Bindeglied zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, optimale wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für Ihre Mitglieder zu schaffen.

Die IHK Thurgau hat die Vernehmlassung zusammen mit der Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell durchgeführt. Die Vorstände der beiden Kammern haben das Vertragspaket in einem gemeinsamen Verfahren eingehend geprüft und kommen mit grosser Mehrheit zum Schluss, dass die Fortführung des bilateralen Wegs in der Europapolitik die beste Handlungsoption für die Schweiz darstellt.

Geregelten Zugang zum europäischen Binnenmarkt sicherstellen

Die Ostschweiz als industriegeprägte, exportorientierte Volkswirtschaft ist auf verlässliche Beziehungen zu ihrer wichtigsten Handelspartnerin angewiesen. Über 60 Prozent der Ostschweizer Exporte gehen in die EU, weshalb ein diskriminierungsfreier Marktzugang von zentraler Bedeutung ist. Auch die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften bleibt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung essenziell, insbesondere in der grenznahen Bodenseeregion. Die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens ermöglicht der Schweiz auch künftig eine gezielte, arbeitsmarktorientierte Zuwanderung.

Die Teilnahme am europäischen Forschungsprogramm Horizon trägt entscheidend zur Attraktivität unseres Hochschulstandorts und zur Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft bei. Das neue Strommarktabkommen bildet einen wesentlichen Pfeiler, damit Versorgungssicherheit und Netzstabilität in der Schweiz auch künftig gewährleistet werden können. Vor dem Hintergrund der aktuellen geo- und sicherheitspolitischen Herausforderungen sind geregelte Beziehungen zur wichtigsten Handelspartnerin Schweiz umso mehr eine strategische Notwendigkeit für das Land - gerade auch für die Ostschweiz.

Rechtssicherheit gewährleisten und Weiterentwicklung der Verträge ermöglichen

Die dynamischen Rechtsübernahme sowie der neue Streitbeilegungsmechanismus stellen zwar einen weitergehenden Integrationsschritt dar. Sie gewährleisten aber auch Rechtssicherheit und die Weiterentwicklung der Verträge, damit faire Bedingungen zwischen den Vertragspartnern auch künftig sichergestellt werden können. Die beiden Ostschweizer Handelskammern begrüssen ausdrücklich, dass der Geltungsbereich der dynamischen Rechtsübernahme sektoriell eng auf sechs Binnenmarktabkommen begrenzt ist.

Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge als beste Handlungsoption

Nach Ansicht der Ostschweizer Handelskammern ist die Fortführung des bilateralen Wegs die beste Handlungsoption für die Schweiz: Ein EWR- oder EU- Beitritt gingen als mögliche Alternativen zu weit und würden den Handlungsspielraum der Schweiz stark einschränken. Ein reines Freihandelsabkommen mit der EU hingegen liesse zahlreiche Aspekte des nun vorliegenden Vertragspakets unberücksichtigt und wichtige Errungenschaften gingen verloren. Da, wo die Schweiz Konzessionen machen musste, konnte sie bedeutende Verhandlungserfolge erzielen.

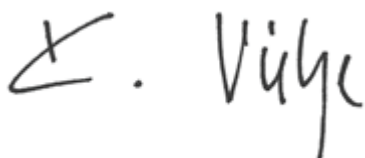
Ausschöpfen des innerstaatlichen Handlungsspielraums ein Muss

In ihrer Vernehmlassungsantwort betonen die beiden Handelskammern allerdings auch, dass der innerstaatliche Handlungsspielraum der Schweiz bei der Umsetzung der Verträge maximal genutzt werden muss. Die Umsetzung soll möglichst schlank und unternehmensfreundlich erfolgen. Dabei ist entscheidend, dass die Schweiz ihren Handlungsspielraum maximal ausnützt und keinen «Swiss Finish» zulässt. Beim Decision Shaping müssen die relevanten Akteure aus Politik und Wirtschaft frühzeitig und aktiv in den Prozess zur Rechtsentwicklung einbezogen werden. Den liberalen Arbeitsmarkt gilt es auch künftig zu erhalten.

Die Details unserer Position entnehmen Sie bitte unserem eingereichten Antwortformular. Um einen sachlichen Diskussionsbeitrag aus Sicht der Wirtschaft an die Entscheidungsfindung in der Europapolitik zu leisten, haben die beiden Kammern in ihrer Schriftenreihe zudem die Publikation «Den bilateralen Weg in die Zukunft führen» veröffentlicht.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Kris Vietze
Präsidentin IHK Thurgau



Jérôme Müggler
Direktor IHK